

Auch Nordrhein-Westfalen stimmte der Bundesratsinitiative aus Bayern zu Rentengerechtigkeit bei Spätaussiedlern: „Der Ball liegt in der Hälfte von Minister Hubertus Heil“



Foto: Bundesrat | Sascha Radtke
Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Bundesrat

Düsseldorf. Die OMV der CDU NRW hat den Beschluss des Bundesrates begrüßt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die rentenrechtliche Vorgaben bei Spätaussiedlern neu zu bewerten. „Mit der Zustimmung zum Entschließungsantrag des Freistaates Bayern wurde auch ein Parteitagbeschluss der CDU NRW umgesetzt, den die OMV initiiert hatte. Darin wurde unsere Mutterpartei aufgefordert, sich für eine verbesserte Anrechnung der im Herkunftsland erworbenen Rentenansprüche einzusetzen. Dies haben wir mit Hinblick auf dro-

hende Altersarmut bei Spätaussiedlern getan“, erklärt OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Mit der Kappung der maximalen Entgeltpunkte aus Zeiten nach dem Fremdrentengesetz (FRG) sei eine Situation entstanden, in der viele Betroffene eine Rente unter Grundsi-

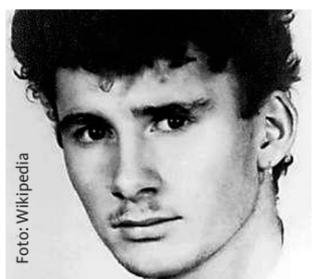


Fordert eine Lösung: Heiko Hendriks

cherungsniveau bekommen. Diese Benachteiligung zu beseitigen sei schon länger Ziel der OMV der CDU NRW. Hendriks: „Deshalb war es für uns ein Meilenstein, dass sich die Unionsparteien in ihrem Regierungsprogramm 2017 unmissverständlich dazu bekannt haben, die Benachteiligungen deutscher Spätaussiedler im Rentenrecht zu beseitigen“. Nachdem die Formulierungen im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD für die OMV nicht befriedigend waren, sei der jetzige Beschluss des Bundesrates ein klarer Arbeitsauftrag an das von der SPD geführte Ministerium für Arbeit und Soziales. Bundesminister Hubertus Heil sollte sich mit Nachdruck um eine Lösung bemühen. Vorschläge dafür lägen bereits auf dem Tisch. „Daher sollte es möglich sein, im Sinne der Betroffenen einen vertretbaren Vorschlag zu erarbeiten und spätestens bis zum Ende der Legislatur umzusetzen.“

Der letzte „Mauertote“: Vor 30 Jahren beendeten zwei Kugeln Chris Gueffroys Hoffnung auf Freiheit

Berlin. Mit zwei Kugeln beendeten DDR-Grenzsoldaten Chris Gueffroys Hoffnung auf Freiheit. In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 1989 hatte der 20jährige mit seinem Freund versucht, über den Britzer Verbindungskanal vom Ost- in den Westteil Berlins zu gelangen. Es fehlten nur noch wenige Meter, als die beiden Flüchtlinge vom DDR-Grenzschutz ent-



deckt wurden. Die Soldaten eröffneten sogleich das Feuer. Von 22 Kugeln trafen zwei Chris Gueffroy, eine mitten ins Herz. Er verstarb

noch an Ort und Stelle. Sein Freund wurde schwer verletzt verhaftet. Die Grenzsoldaten wurden mit je 150 Mark Prämie ausgezeichnet. Nach der Wende wurden drei der vier Grenzschilder freigesprochen. Die Strafe für den Todeschützen wurde vom BGH auf zwei Jahre Haft mit Bewährung herabgesetzt. So musste keiner eine Haftstrafe verbüßen.

Europawahl: Informationen über Wahlrecht für Auslandsdeutsche

Düsseldorf. Bei der Europawahl 2019 wird es auf jede Stimme ankommen. „Das Chaos um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zeigt, was passieren kann, wenn die europäische Politik in die Hände von Populisten fällt“, warnt OMV-Landeschef Heiko Hendriks. Deshalb kämpfe auch die OMV in Nordrhein-Westfalen um jede Stimme. Mit einem eigenen Zielgruppenflyer sollen Deutsche im Ausland dazu animiert werden, an den Europawahlen teilzunehmen. So haben die Deutschen in Polen zum Beispiel keinen eigenen Europakandidaten aufgestellt. „Für Sie kann es daher eine Alternative sein, statt in Polen, in Deutschland an den Wahlen teilzunehmen. Wie das geht zeigen wir in unserem Flyer“, so Hendriks. Das wichtigste sei jedoch, dass die Menschen an der Wahl teilnehmen und proeuropäisch wählen.

Informationsmagazin der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen | Ausgabe 01/2019

Rückenwind für die Forderung der OMV Nordrhein-Westfalen Europa geht nicht ohne Minderheiten: FUEN unterstützt Ruf nach einem Minderheitenkommissar



Düsseldorf. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU Nordrhein-Westfalen erhält Rückenwind für ihre Forderung, die Minderheitenrechte stärker im Recht der Europäischen Union zu verankern und für Minderheitenrechte, Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt einen eigenen Kommissar einzusetzen. Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) als größter Dachverband von Minderheiten hat dies nun offiziell schriftlich unterstützt. „Die FUEN vertritt schon seit längerem die

Forderung nach einem eigenen Kommissar für Mehrsprachigkeit, kulturelle Vielfalt und nationale Minderheiten in der EU-Exekutive“, heißt es in dem Brief aus Flensburg. Nicht nur die Tatsache, dass etwa 50 Millionen Unionsbürger einer autochthonen oder sprachlichen Minderheit angehören, sei ein starkes Argument für diese Forderung. „Zudem kann die gezielte Förderung der Sprachenvielfalt in Europa, allen voran von Minderheiten- und Regionalsprachen, zur Schaffung neuer Arbeits-

plätze und somit auch zum Wirtschaftswachstum in den (Grenz-)Regionen Europas beitragen“, heißt es im Schreiben der FUEN. OMV-Landesgeschäftsführer Sebastian Wladarz kann als

Teilnehmer und Referent des letzten Forums der Minderheitenregionen in Bozen bestätigen: „Die Konferenz hat gezeigt, dass Regionen mit starken Minderheiten und einem guten Minderheitenbildungswesen eine überdurchschnittlich gute wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität aufweisen. Ein sehr gutes Beispiel im deutschsprachigen Raum ist die Region Südtirol“. Die Unterstützung kommt auch von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM). Deren Vorsitzender Bernard Gaida hat das Unterstützerschreiben mit unterschrieben. Gaida ist seit vielen Jahren Vorsitzender des Dachverbandes der deutschen Minderheit in Polen. „Das sind genau die Menschen, um die wir uns als OMV explizit kümmern“, sagt OMV-Landeschef Heiko Hendriks.

„
Wir wollen das kulturelle Europa bewahren, dass aus seiner Vielfalt und seinem geistigen Reichtum Ideen und Ideale gewinnt, an denen sich die Hoffnungen der Menschen entzünden
Helmut Kohl (1930-2017)

Erinnerungskultur kann ohne Wissensvermittlung nicht gelingen „Ohne Wissen kein Dialog“: Kernlehrpläne und Geschichtsbücher müssen auf den Prüfstand



Nur ein bißchen Hab und Gut zum Mitnehmen: Vertreibung aus Schlesien

Erinnerungskultur wird ohne das Wissen um die Themen Flucht und Vertreibung nicht funktionieren. Deshalb kommt es insbesondere auf die Wissensvermittlung im Schulunterricht an. Doch gerade bei den Schulbüchern gibt es Defizite. Beispiele dafür hat der Arbeitskreis der OMV NRW unter der Leitung von Werner Jostmeier herausgearbeitet (Infobox rechts). Bei Neuauflagen oder Neueinführungen sollte daher die Darstellung der Themen Flucht und Vertreibung kritisch geprüft und im Sinne einer wahrhaftigen Geschichtsvermittlung evaluiert werden.

Ebenfalls in den Lehrplänen sieht die OMV NRW Optimierungsbedarf. So wird das Thema Flucht und Vertreibung in den Lehrplänen der Sekundarstufen I und II durchaus behandelt. Es sind aber kontextuale Defizite zu erkennen, die den Blick auf dieses umfangreiche Thema verengen. Hier böte die Umstellung auf G9 die Gelegenheit, Korrekturen vorzunehmen. Im Kernlehrplan der Sekundarstufe II wird das Thema Flucht und Vertreibung im Inhaltsfeld „Na-

tionalismus, Nationalstaat und deutsche Identität im 19. und 20. Jahrhundert“ behandelt. Die Schüler sollen „Hintergründe und Formen der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg beschreiben und den Prozess der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in die deutsche(n) Nachkriegsgesellschaft(en) erläutern.“

Auch in der gymnasialen Oberstufe wird das Thema kontextualisiert als Kriegsfolge verortet und behandelt. Damit sollen die Schüler den Prozess der Vertreibung und Integration unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven bewerten können. Im Ergebnis führt diese Betrachtung dazu, dass Flucht und Vertreibung nur schwer einzuordnen sind, wenn die deutsche Siedlungsgeschichte nicht einbezogen wird. In Anbetracht dieser Bewertung wäre es wünschenswert, dass Flucht und Vertreibung, ergänzt durch die deutsche Siedlungsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert, in einen anderen Kontext ge-

stellt und in einem eigenen Inhaltsfeld dargestellt wird. Weiterhin wird sowohl im "Kernlehrplan für die Realschule, Sekundarstufe in Nordrhein-Westfalen Geschichte" als auch im "Kernlehrplan für die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen - Gesellschaftslehre, Erdkunde, Geschichte, Politik" die "Deutsche Ostsiedlung" nicht thematisiert, was das Verständnis anderer historischer Vorgänge, wie Flucht und Vertreibung sehr ein-

schränkt. Die Thematik "Flucht und Vertreibung" wird wortgleich in beiden Lehrplänen bei den Inhaltsfeldern "Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg" sowie bei den inhaltlichen Schwerpunkten "Flucht und Vertreibung im europäischen Kontext" lediglich als Anhängsel miteinbezogen. Diese Sichtweise wird dem historischen Ausmaß nicht gerecht. Es muss daher ein eigenständiges Inhaltsfeld angestrebt werden, das auch die besondere völkerrechtliche und menschliche Dimension auf der historiographischen Grundlage darstellt.

Vier Beispiele für die Behandlung der Themen Flucht und Vertreibung in den Schulbüchern

① „Horizonte“, (10. Jgst. Gymnasium, 11. Jgst. Gesamtschule), Verlag Westermann

In der Ausgabe für die 10. Jahrgangsstufe werden im Abschnitt „Fremdsein, Vielfalt und Integration – Migration am Beispiel des Ruhrgebietes“ die hier bezeichneten Ruhrpolen und Gastarbeiter in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg behandelt. Sucht man etwas zu Flucht oder Vertreibung findet man es mit Wohlwollen bezogen auf die Ruhrpolen nach dem ersten Weltkrieg. Ansonsten wird das Thema nicht explizit behandelt.

② Jürgen Nebel u. a. in „Gesellschaft bewusst“, Gesellschaftslehre für Gesamtschulen, Schülerband 9/10, Verlag Westermann, ISBN: 9783141142747

Hier werden Flucht und Vertreibung sachlich richtig, aber extrem minimalistisch dargestellt: „Nun erfuhren die Flüchtenden (...) die Rache der Jahre zuvor Überfallenden. (...) die Alliierten (beschlossen) die Überführung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich (...) Oder und Neiße. (...) Neusiedler rückten nach.“ Schlesien, Pommern, Ostpreußen werden nicht erwähnt, auch nicht, dass diese Gebiete Jahrhunderte von Deutschen bewohnt waren.

③ „Menschen Zeiten Räume.“ Gesellschaftslehre 1 und 2, Sekundarschule/Gesamtschule, Verlag Cornelsen, ISBN: 9783060649525

In beiden Unterrichtswerken werden die Inhaltsfelder "Deutsche Ostsiedlung" sowie "Flucht und Vertreibung der Deutschen" gar nicht thematisiert!

④ Hartlieb, Geschichte / Politik, Schülerband 9/10 für Hauptschulen in NRW

Hier werden Flucht und Vertreibung auf insgesamt 46 Wörter reduziert. Auszug, S. 100 + 101: „(...) die Gebiete östlich von Oder und Neiße (wurden) abgetrennt. Die dort lebenden Menschen vertrieben wenn sie nicht schon vorher ...geflohen waren. (...) insgesamt 16 Millionen Menschen. (...) Alle hatten ihre gesamte Habe verloren.“

Sieben Persönlichkeiten aus den Ostprovinzen im Parlamentarischen Rat 70 Jahre Grundgesetz: Heimatvertriebene setzten Akzente für Demokratie und vereintes Europa



Auch Vertriebene arbeiteten an der neuen Verfassung für Deutschland mit

Als das vom Krieg zerrüttete Deutschland wirtschaftlich und moralisch am Boden lag, standen in Bonn am Rhein Frauen und Männer für ein neues und demokratisches Deutschland eine Verfassungsordnung zu erarbeiten. Unter diesen Frauen und Männern waren auch Persönlichkeiten aus den deutschen Ostprovinzen, die 1945 unter polnische Verwaltung gestellt worden waren. An dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – es sollte eigentlich ein Provisorium werden – arbeiteten insbesondere zwei Vertreter aus der nordrhein-westfälischen Paten- und Partnerregion Oberschlesien. Hans-Christoph Seeböhm kam aus Emanuels- gen in Landkreis Pleß. Der

Christdemokrat und spätere Bundesminister sowie Vizekanzler weist bis heute die längste ununterbrochene Amtszeit als Bundesminister auf. Im Parlamentarischen Rat hat er die These vertreten, dass sich das verfassungspolitische Handeln, aufbauend auf der Idee des Föderalismus, an der Errichtung eines europäischen Staatenbundes orientieren müsse. Für ihn waren nicht mehr Grenzverschiebungen, sondern deren Aufhebung das Ziel. Das war schon damals ein starker Gedanke in Richtung eines vereinten Europas ohne Grenzen, den Helmut Kohl später, wie kaum ein anderer, weiterverfolgt hat. Sein Landsmann Willibald Mücke aus Buchenhöh im Landkreis Groß Strehlitz zielte stark auf den Begriff der

Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen. Daher setzte er sich stark dafür ein, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge auch umfassend auf der Seite des Bundes liegen sollte. Auf ihn geht auch die in Art. 3 Abs. III GG enthaltene Wendung zurück, dass niemand "wegen seiner Heimat und Herkunft" benachteiligt werden darf. Hans-Christoph Seeböhm und Willibald Mücke, genauso wie andere Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die aus dem ehemaligen deutschen Osten kamen, stehen damit für das, was viele Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge nach der Ankunft in ihrer neuen Heimat gemacht haben: Sie sind aufgestanden und haben kräftig angepackt. Trotz der frischen, traumatisierenden Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust haben sie dieses Land wieder aufgebaut sowie Grundsteine für ein friedliches, vereintes Europa gelegt. Zum 70. Geburtstag der Bundesrepublik ist dies allemal eine Erinnerung wert.

Dr. Markus Pieper: Von Platz zwei aus wieder nach Brüssel!

Münster. Der Münsterländer Europaabgeordnete und OMV-Mitglied Dr. Markus Pieper wurde von der Landesvertreterversammlung in Siegburg auf Platz 2 der Landesliste für das Europaparlament gewählt. Damit ist der bisherige parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion ganz sicher auch in der nächsten Wahlperiode in Brüssel und Straßburg vertreten. „Wir freuen uns über diesen Spitzenplatz und gratulieren Markus Pieper, der immer wieder unsere Anliegen unterstützt“, sagt OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks.



Foto: Büro Markus Pieper MfDEP

IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: sebastian.wladarz@cdu.nrw
Fotos, soweit keine Angabe
(c) Sebastian Wladarz
Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.OMV-NRW.de
Twitter:
[@OMVNRW](https://twitter.com/OMVNRW)

Personen aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen, die im Parlamentarischen Rat mitwirkten

- ① Gerhard Kroll (Breslau, Niederschlesien)
- ② Hermann Runge (Konradsthal, Niederschlesien)
- ③ Paul Löbe (Liegnitz, Niederschlesien)
- ④ Willibald Mücke (Buchenhöh, Oberschlesien)
- ⑤ Hans-Christoph Seeböhm (Pleß, Oberschlesien)
- ⑥ Rudolf Katz (Falkenburg, Pommern)
- ⑦ Max Reimann (Elbing, Westpreußen)